

## Rats-Update Nr. 10

### Sitzung des Duisburger Stadtrates am 19. September 2022

Auch bei dieser Sitzung wurden die Ratsmitglieder wieder mit Transparenten vor der Mercatorhalle empfangen. Bei der Demo, die deutlich erkennbar von den Grünen organisiert wurde, ging es wieder einmal um den Erhalt der 26 Bäume, die beim Umbau der Wedauer Straße gefällt werden sollen.

Zu Beginn der Sitzung schlug Oberbürgermeister Sören Link vor, die Redezeit auf 2 Minuten zu begrenzen und alle gestellten Anfragen schriftlich zu beantworten. Zudem erklärte er, dass er die Tagesordnungspunkte mit den Anfragen gar nicht aufrufen werde, was schade ist, weil das angefragte Thema dann nicht mal erwähnt wird und auch keine Nachfragen gestellt werden können.

### Neue Ratsmitglieder

An Tagesordnungspunkt 1 stand die Verpflichtung zwei neuer Ratsmitglieder der SPD. Beide sprachen die Verpflichtungsformel und nahmen die Glückwünsche Ihrer Fraktion entgegen.

### Neuer Dezernent

Auch Top 2 war schnell beendet. Es handelte sich um die Wahl eines neuen Dezernenten für die Bereiche Wirtschaft, Sicherheit und Ordnung. Eine Begleitkommission, bestehend aus Ratsmitgliedern jeder Fraktion, hatte alle Bewerbungen gesichtet und Gespräche geführt. Nahezu einstimmig empfahl die Begleitkommission daraufhin Herrn Michael Rüscher, der 10 Jahre lang als Geschäftsführer der Duisburger IHK gearbeitet hatte und daher in Duisburg bestens bekannt- und vernetzt ist. Dementsprechend wählte der Rat Herrn Rüscher einstimmig zum neuen Beigeordneten (für die kommenden 8 Jahre). Er ersetzt Andre Haack, der seit Juli Dezernent in Köln ist.

### Fußballstadion wieder im städtischen Eigentum

Kommentarlos und einstimmig entschied der Stadtrat, dass die Duisburger Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DBV) & Co. KG (DBV KG) und die MSV Duisburg Stadionprojekt GmbH & Co. KG (StaPro KG) verschmolzen werden – was nichts anderes bedeutet, als dass das Fußballstadion wieder im kompletten Eigentum der Stadt ist.

Diesem Beschluss gingen in den vergangenen Jahren zahlreiche Diskussionen und Beschlüsse in verschiedenen Gremien voraus. Hätte der Rat sich anders entschieden, wäre die absehbare Alternative ein leerstehendes Stadiongebäude (auf einem städtischen Grundstück), das voraussichtlich verfallen würde und weder von der Stadt, noch von anderen Mietern genutzt bzw. bezahlt werden könnte. Insofern hat der Stadtrat sich für das kleinere Übel entschieden - in der Hoffnung, dass der MSV aufsteigt und das Stadion auch für andere (sportliche und kulturelle) Veranstaltungen genutzt werden kann.

### Neues Verwaltungsgebäude

Im weiteren Verlauf der Ratssitzung beschlossen die Ratsmitglieder die Einrichtung einer politischen Begleitkommission für die Planungen eines neuen Verwaltungsgebäudes auf dem „Marien-Parkplatz“ an der Steinschen Gasse. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft Gebag hatte das Grundstück von der Stadt erhalten und lange Zeit erfolglos versucht, es zu vermarkten. Irgendwann reifte dann die Idee, an dieser Stelle ein Gebäude für große Teile der Duisburger Stadtverwaltung zu errichten, da die Verwaltung derzeit in vielen verschiedenen Gebäuden arbeitet, die zu einem großen Teil angemietet sind. Durch den Neubau könnten demnach Einsparungen generiert werden.

Allerdings handelt es sich um ein wirklich komplexes Projekt mit vielen verschiedenen Aufgaben und Abhängigkeiten, weshalb die Politik die Planungen gerne begleiten möchte. Jede Fraktion ist in dieser Kommission mit mindestens einem Ratsmitglied vertreten. Für die FDP wird unser Fraktionsvorsitzender Wilhelm Bies teilnehmen.

### **Sitzungsplan 2023**

Traditionell legt der Oberbürgermeister im Herbst den Sitzungsplan für das kommende Jahr vor, über den der Rat zu entscheiden hat. Darin sind üblicherweise (nur) 5 Ratssitzungen vorgesehen, woraus sich auch jeweils 5 Sitzungen der verschiedenen Ausschüsse ergeben. Genauso traditionell stellen die kleineren Fraktionen (bestehend aus Grünen, Linken, JuDu und FDP) eine alternative Planung vor, in der mindestens 7 Ratssitzungen vorgesehen werden. Der Antrag entspricht dem Wunsch, nicht in jeder Ratssitzung um die 100 Beschlussvorlagen beraten zu müssen, sondern weniger, diese aber deutlich intensiver.

Üblicherweise lehnen SPD und CDU den Wunsch der 'Kleineren' ab und beschließen den vorgelegten Plan des OB's. In der letzten Ältestenratssitzung wurde jedoch besprochen, eine Kommission zur Änderung der „Geschäftsordnung des Rates“ zu gründen, in der alle Fraktionen vertreten sein werden. Da die Anzahl der Rats- und Ausschusssitzungen auch Teil der Geschäftsordnung des Rates ist, baten der OB und die großen Fraktionen darum, das Thema in der Kommission ergebnisoffen zu beraten. Die kleineren Fraktionen stimmten dieser Vorgehensweise zu.

### **Bevölkerungsbefragung**

Bei Tagesordnungspunkt 16 beschloss der Stadtrat einstimmig die Durchführung einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung in Duisburg. Bei der Befragung sollen Fragen aus verschiedenen gesellschaftlichen Themenbereichen berücksichtigt werden, wie beispielsweise das Wohnumfeld, die Lebensqualität, die wirtschaftliche Lage, die Nutzung städtischer Dienstleistungen und andere soziodemografische Informationen. Die Umfrage soll Ende des Jahres 2022 starten. Die Kosten für Druck, Papier und Versand werden mit ca. 150.000,- Euro kalkuliert.

### **Sondervermögen für KiTas**

Mit der „*Gründung eines Sondervermögens für den Kinder- und Jugendbereich*“ beschloss der Rat, dass alle städtischen Kindertageseinrichtungen, die derzeit noch bei den Immobilienbetrieben (IMD) angesiedelt sind, in eine neue Gesellschaft überführt werden, in der sie dann von der Gebag vermietet werden. Das IMD soll sich zukünftig nur noch auf die Betreuung von Schulen und sonstigen städtischen Gebäuden konzentrieren. Perspektivisch sollen auch alle städtischen Jugendeinrichtungen in die neue Gesellschaft (SVK) ausgelagert werden.

Dazu gab es einen Antrag der Grünen, die die Quadratmeterpreise für die zukünftigen Betreiber der KiTas auf 11,37 Euro deckeln wollten, weil der Zuschuss des Landes genau 11,37 Euro pro qm beträgt. Die WAZ hatte veröffentlicht, dass die Gebag Quadratmeterpreise von über 18,- Euro anstrebt, was für die KiTa-Betreiber nicht kostendeckend wäre. Zu diesem Antrag ergab sich die erste längere Diskussion in dieser Ratssitzung. Die CDU meinte, hier seien Bund und Land gefragt. Der OB forderte das Land auf, das KiBiz-Gesetz zu ändern und erklärte, dass die Stadt nicht die niedrigen Landeszuschüsse ausgleichen sollte, damit nicht falsche Anreize geschaffen würden.

Fakt ist, dass viele KiTa-Betreiber seit Jahren Sonderzuschüsse von der Stadt erhalten und so auch kostendeckend arbeiten können. Der OB kündigte an, mit jedem einzelnen KiTa-Betreiber Gespräche zu führen und eine Lösung suchen zu wollen. Der Antrag der Grünen wurde mehrheitlich abgelehnt, der „*Gründung des Sondervermögens*“ stimmten alle Fraktionen (außer der AfD) zu.

### **Verkehrskonzept für die Altstadt**

Bei den Maßnahmen des „Integrierten Handlungskonzeptes für die Innenstadt“ ging es um 3 Themen: Die Erstellung eines Gestaltungsrahmens für die Handelslage (Königstraße), die Erstellung eines Verkehrskonzeptes für die Altstadt und neue Gestaltungsvorgaben für die Altstadt, womit der Bereich rund um die Münzstraße gemeint ist. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies monierte, dass das Ergebnis des Verkehrskonzeptes offenbar bereits feststehe, denn die Verwaltung hatte in der Vorlage erklärt, dass die Frage im Vordergrund stehe, wie der motorisierte Individualverkehr (MIV) reduziert werden könne. Das der Autoverkehr hier aus der Stadt verbannt werden soll, entspricht nicht den Zielen der Freien Demokraten, die stets eine Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer fordern.

### **Straßenbau-Vorschriften**

In einem weiteren Tagesordnungspunkt ging es eigentlich nur um die Erneuerung der Straßenbauvorschriften, also um rein technische Vorgaben, wie Straßen in Duisburg erneuert werden müssen. Je nach Verkehrsdichte und Schwere der Fahrzeuge müssen Straßen unterschiedlich erneuert werden. Die Grünen erklärten, dass Bäume in diesen Vorschriften lediglich als nebensächliches „Straßenbegleitgrün“ definiert und behandelt würden. Sie wünschten sich in einem Antrag, dass Bäume die Basis von Straßenerneuerungen bilden sollten, also die Straßen nach Art und Lage vorhandener Bäume erneuert werden sollten. Dieser Meinung schlossen sich lediglich die Linke, Tierschutz/DAL und JuDu an. Alle anderen Fraktionen lehnten die Idee der Grünen als undurchführbar ab und beschlossen die neuen Bauvorschriften.

### **Erneuerung der Wedauer Straße**

Der o.g. Diskussion schloss sich die Erneuerung der Wedauer Straße an. Hierbei sollen 26 große alte Bäume gefällt werden, wogegen sich die Grünen und zahlreiche Bürger wehren. Auch die FDP-Fraktion hatte sich schon vor Monaten dagegen entschieden, da es offenbar auch mehrere Alternativpläne der Verwaltung gibt, bei denen viele Bäume erhalten werden könnten. Dezernent Linne erklärte, dass diese Bäume vermutlich ohnehin in 20 Jahren gefällt werden müssten. Die Grünen widersprachen, da diese Baumart üblicherweise noch 60-80 weitere Jahre leben könnte. Für einen alternativen Umbau der Wedauer Straße, bei dem die meisten Bäume erhalten werden könnten, stimmten Grüne, FDP, JuDu, DAL, AfD und die Linke. SPD und CDU beschlossen mit ihrer Mehrheit den von der Verwaltung vorgelegten Plan - und somit die Fällung der 26 Bäume.

### **Mehrkosten bei Schulbaumaßnahmen**

Im weiteren Verlauf der Ratssitzung musste der Stadtrat dramatischen Mehrkosten für Planungs- Bau- und Ausbaumaßnahmen mehrerer Schulgebäude zustimmen. Die Kosten verdoppeln sich teilweise sogar. Dabei handelt es sich um die Abteischule, die Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesamtschule, die Herbert-Grillo-Gesamtschule, die Theodor-König-Gesamtschule, die Förderschule Hitzestraße und die Heinrich-Heine-Gesamtschule.

### **Taxi-Preiserhöhung**

Das Duisburger Taxigewerbe hat den Stadtrat gebeten, die Preise erhöhen zu dürfen. Hierbei handelt es sich um eine (merkwürdige) Regelung, dass Taxis ihre Fahrpreise nicht frei bestimmen dürfen, sondern der jeweilige Stadtrat diese vorschreibt. Da die Preise erst zu Jahresbeginn 2022 erhöht wurden, gab es zu diesem Thema eine längere Diskussion. Auch die FDP-Fraktion hatte sich in ihrer Vorbesprechung dazu intensiv ausgetauscht, letztendlich aber für die geringe Erhöhung entschieden. Es geht um die Kilometerpreise, die am Tag um 10 Cent (von 2,40€ auf 2,50€) und Nachts um 20 Cent (von 2,50€ auf 2,70€) erhöht werden. Grüne und JuDu stimmten dagegen, alle anderen Fraktionen akzeptierten die nachvollziehbaren Gründe des Taxigewerbes (Anhebung des Mindestlohns und hohe Spritpreise).

### **Erweiterung des Golfplatzes in Huckingen**

Die geplante Erweiterung des Golfplatzes in Huckingen hatte im Vorfeld der Ratssitzung öffentliche Diskussionen ausgelöst. Die geäußerten Bedenken, wonach Spazierwege wegfallen würden oder hier eine Bebauung erfolgen sollte, stellten sich in den Beratungen aber als falsch heraus. Zudem erkannte die Politik in den vorberatenden Gremien, dass der Rasen eines Golfplatzes eine ökologisch höherwertige Flächennutzung darstellt, als brachliegende Felder. Obwohl die Grünen sich anfangs auch gegen die Vergrößerung des Golfplatzes aussprachen, äußerten sie sich in dieser Ratssitzung nicht mehr zu diesem Thema. Lediglich die Fraktion der Linken stimmte gegen das Vorhaben.

### **Tauben regulieren und reduzieren**

Die Grünen hatten einen Antrag formuliert, wonach die Verwaltung ein Konzept zur Regulierung und Reduzierung der Stadttauben erarbeiten sollte. Sie soll sich dabei an den erfolgreichen Konzepten anderer Städte orientieren, bei denen u.a. kontrollierte und artgerechte Futter- und Brutplätze eingerichtet wurden, um die Tauben von Stadtzentrum wegzulocken und somit die Verschmutzung durch Kot zu reduzieren. SPD und CDU lehnten dieses Ansinnen jedoch mehrheitlich ab.

### **Tempo 30 (auch) auf Hauptverkehrsstraßen**

Der Oberbürgermeister teilte dem Stadtrat mit, dass er im Namen der Stadt einem Städtebündnis beigetreten ist, das eine Änderung der geltenden Bundesgesetze bezüglich der Einrichtung von Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen fordert. Sinnvollerweise darf Tempo 30 nicht auf Hauptverkehrsstraßen verordnet werden, da dies die reibungslose Fahrt von Feuerwehr- und Rettungsfahrzeugen (sowie dem ÖPNV) behindern würde. So sind mit Tempo 30 z.B. auch fast immer beidseitig erlaubtes Parken, 'rechts- vor links', Fahrbahnreduzierungen oder Fußgänger-Überquerungen verbunden, was zu gefährlichen Verzögerungen bei Polizei und Feuerwehrfahrten führen würde. Daher ist die Gesetzesvorschrift durchaus nachvollziehbar.

Das o.g. Städtebündnis möchte nun erreichen, dass jede Stadt nahezu jede Straße (also auch alle Hauptverkehrsstraßen) zu Tempo 30 Zonen ernennen darf. Davon abgesehen, dass der Stadtrat weder das Ziel der flächendeckenden Einrichtung von Tempo 30 Zonen, noch den Beitritt zu so einer Initiative beschlossen hat, ist das Duisburger Stadtgebiet ohnehin bereits seit vielen Jahren nahezu flächendeckend mit Tempo 30 überzogen. Daher wäre es geradezu fahrlässig, nun auch noch das knapp verbliebene Rettungswegenetz mit Tempo 30 zu belegen.

Daher hielt unser Fraktionsvorsitzender Wilhelm Bies seine Empörung nicht zurück und beantragte, dass Städtebündnis sofort wieder zu verlassen. Dazu verlas er eine Erklärung des Oberbürgermeisters (und des zuständigen Verkehrsamtes) von 2016, wonach die Stadt bei diesem Thema schon damals „exzellent aufgestellt“ sei und kein Bedarf an weiteren Tempo 30 Einrichtungen gesehen wurde. Den sofortigen Austritt befürworteten aber nur FDP und JuDu, alle anderen Fraktionen jubelten der Städteinitiative begeistert zu. Als der Oberbürgermeister erklärte: „*Niemand hat die Absicht, die ganze Stadt mit Tempo 30...*“ brach schallendes Gelächter aus, denn man weiß ja, welche Wahrheit oft dahintersteckt, wenn ein Satz mit „*Niemand hat die Absicht...*“ beginnt.

### **Duisburger „Friedensappell“ (wurde nicht behandelt)**

Die Fraktion der Linken hatte eine Resolution zum Ukraine-Krieg formuliert, die der Stadtrat beschließen sollte. Der Oberbürgermeister stellte bereits zu Beginn der Sitzung klar, dass hier der geschäftsordnungsmäßige Bezug zu Duisburg fehlt und dieser Antrag weder aufgerufen, noch beraten oder abgestimmt wird, was die Linken auch kommentarlos akzeptierten. So ersparte der OB dem Stadtrat vermutlich eine langwierige Diskussionsrunde und schloss die öffentliche Ratssitzung um 18:23 Uhr. Daran schloss sich eine relativ kurze nichtöffentliche Sitzung an.

### **Gremienbesetzungen bei der erweiterten FDP-Fraktion**

Durch den Rücktritt eines Mitglieds der erweiterten FDP-Ratsfraktion ergab sich die Neubesetzung verschiedener Ausschusssitze (in den eigenen Reihen). Nach interner Beratung schlug die FDP-Fraktion dem Stadtrat vor, folgende Besetzungsänderungen zu beschließen: Celine Schreiner wurde zum stellvertretenden FDP-Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit gewählt. Dr. Christoph Weißbacher wurde zum stellvertretenden FDP-Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr gewählt. Laura-Maria Bannert wurde zum stellvertretenden FDP-Mitglied im Schulausschuss gewählt und Timo-Philipp Bongards wurde zum stellvertretenden FDP-Mitglied im Ausschuss für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten gewählt. Zudem wurde Daniel Springer zum stellvertretenden FDP-Mitglied in der Kommission zur Errichtung eines Drogenkonsumraums ernannt. Somit vergrößert sich die erweiterte FDP-Fraktion von 16 auf insgesamt 21 Personen, die in den Ausschüssen, Beiräten, Bezirksvertretungen und im Stadtrat liberale Positionen vertreten.

### **Die nächste reguläre Ratssitzung ist (erst wieder) am 28. November 2022 geplant.**

Danach informieren wir Sie gerne wieder über die wichtigsten aktuellen politischen Themen und Stimmungen im Duisburger Stadtrat. Bis dahin wünsche ich Ihnen im Namen unserer FDP-Ratsmitglieder Wilhelm Bies, Oliver Alefs und Kira Schulze Lohoff eine gute und gesunde Zeit.

Thomas Wolters



Fraktionsgeschäftsführer